

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,- Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 3,- Mark. Marktschließung: 1. - Marktschließung und Post- und Geschäftsstellen nehmen. Früher: Wilsdruffer Tageblatt. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.

Nr. 133 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonntag den 8. Juni 1924

## Deutscher Pfingstgeist.

Der Pfingstgeist heiliger Geist sei in der Nacht  
Wohldankender Zeiten wie ein Licht, das wacht.  
Der Pfingstgeist heiliger Geist sei gleich dem Schwert,  
Das durch den Weltenturm in Flammen fährt.  
Der Pfingstgeist heiliger Geist sei Heimatgeist  
Und über lichte Höhn ein froher Geist.  
Der Pfingstgeist heiliger Geist sei Opfergeist  
Und glühe läuternd unser deutsches Land.  
Der Pfingstgeist heiliger Geist erfüll' uns ganz  
Mit Kraft des Sieges und mit der Liebe Glanz!  
Franz Lüdtke

## Pfingstgeist.

Stärker und lüfter, bringender und stehender möchte  
und muß jeder, dem das Wort „Vaterland“ und Volk kein  
leerer Schall ist, dem beim Anblick des Schicksals unserer  
Heimat das Herz brennt, an diesen Pfingsttagen die Hände  
heben: „Komm' heiliger Geist, lehr' bei uns ein.“ Denn was  
in unserm Volke waltet, ist ein unheiliger Geist, der Geist  
der Zerracht, nicht der Einigung, des Hasses, nicht  
der Liebe, des Kampfes gegeneinander, nicht der gemeinsam  
nach einem Ziel Strebenden. Alle siebenmal hebzig Teufel,  
von denen die Bibel spricht, scheinen in uns gefahren zu sein  
und — es wird immer schlimmer. Und der schlimmste unter  
ihnen hat bewirkt, daß wir „in vielerlei Sprachen reden“,  
aber ohne daß wir uns trotz gemeinsamer Muttersprache ver-  
stehen. Kein Pfingstfest, sondern wie beim Turmbau zu  
Babel, da der Herr die Massen verwirrte und sie in verschie-  
denen Sprachen redeten, sich nicht mehr verstehen konnten.  
Aber es ist nicht der Herr, der uns scheidet und trennt, sondern  
der Teufel der Zwietracht, des Hasses, des Kampfes gegen-  
einander.

Ist der Reichstag nicht wie jenes weite Feld, auf dem  
noch Turm errichtet wurde? Neden sie rechts und links, ja  
noch viel mehr in Fraktionen und Fraktionchen geteilt, die  
verschiedensten Sprachen, daß sie einander gar nicht mehr  
verstehen können! Und darüber hinaus: Ist der Reichstag  
nicht eine Stätte geworden, von der sich der Mensch mit  
Grauen wendet! In der tiefsten Spalte herrscht ein  
„vornehmer Ton“ als dort, wo Vertreter des deutschen  
Volkes miteinander beraten sollen. Aber — sind  
das alle Vertreter des deutschen Volkes? jene  
„Politiker“ sind es sicher nicht, die ihre Lebens-  
aufgabe darin erblicken, ihre Volksgenossen gegeneinander  
zu hegen und bei denen die Schwäche der Gründe aufge-  
wogen wird durch die Stärke der Schimpfworte. **Johann**,  
der große dänische Philosoph, sagt einmal, daß Christus,  
wenn er wieder einmal auf die Welt herabsteigen sollte, zu-  
erst die Reichtumsstreiter aus dem Tempel hinausjagen  
würde. Wenn Kisten manche deutschen Politiker und Par-  
lamentarier gefüllt hätte, dann würde er diesen den Vorzug  
des allerersten Hinweggeworfenseins eingeräumt haben.

Das ist nicht das deutsche Volk, es ist es auch nicht, wenn  
es sich in überhöhten, überhöhten Versammlungen die  
Phrasen mehr oder weniger verflämender Systeme und Pro-  
gramme in die Köpfe steigen läßt. Das deutsche Volk ist der  
Bauer, der auf seinem Acker arbeitet, sind jene, die an der  
Mähdresche und im Fabrikbureau arbeiten, sind jene, die hinter  
dem Schreibtisch oder im Laboratorium arbeiten. Alle also,  
die arbeiten, die etwas leisten mit Hand und Kopf, alle  
die nicht schwätzen, sondern still ihre Pflicht tun. Die Apostel  
haben doch auch nicht geschwätzt, sie sind einfache Fischer  
und Handwerker, haben ein Leben der Arbeit hinter sich, als der  
Geist über sie kam, der sie zu reden und zu predigen zwang.  
Zu reden aus dem Herzen, nicht aus dem Kopf heraus.  
Ein tiefer Sinn liegt in dem kleinen Wort der Apokalypse:  
„Die Menge glaubt, daß sie trunken seien.“ Ja,  
sie waren trunken vom Geist der Einigung, der Liebe, des  
gemeinsam nach einem Ziel Strebenden.

Eine gewaltige Kraft trennt dies Volk der Arbeit, das  
die Fruchtbarkeit seines Daseins täglich empfindet, von  
jenen, die sich als seine berufenen Vertreter gebärden. Und  
nur dies Volk der Arbeit lehnt sich tief im Herzen nach diesem  
Geist, blüht mit heimlicher Verachtung auf das Treiben  
jener, die sich sich immer aufzuführen als Trunkene. Bald  
naht wieder der Tag, da vor zehn Jahren der heilige Geist  
der Eintracht und der Liebe, der kämpferischen, alles er-  
tragenden Liebe über unser Volk kam. Er ist in uns er-  
loschen, erfordern, wurde verdrängt durch den unheiligen  
Geist. Ein hartes Schicksal aber arbeitet daran, uns nicht  
wie ein Blitzen vom Himmel mit neuem Geist zu erfüllen,  
sondern ihn langsam in uns heranwachsen zu lassen.

Darum muß unser Gebet zu Pfingsten sein, daß dieser  
neue Geist immer stärker unser Volk durchdringe; daß wir  
bald nicht mehr in vielen Zungen, sondern in einer  
Sprache reden; daß in allen unseren Volksgenossen der Wil-  
len zur Tat werde: „Und laß uns deine Jünger sein.“

Dr. Br.

## Mehrheit für die Regierung.

Reichstagsvertagung bis 24. Juni.

9. Sitzung. CB. Berlin, 6. Juni.  
Das Haus ist heute etwas schwächer besetzt. Die Behand-  
lung eines kommunizistischen Antrages, die Aufhebung des Ver-  
botes des „Noten Tags“ in Leipzig betr. wird verschoben. Die  
Deutschnationalen bringen einen neuen Antrag ein, welcher  
der Regierung das Vertrauen in folgender Form aus-  
sprechen soll: „Unter Übergang zur Tagesordnung über alle  
übrigen Anträge verlagert der Reichstag der Regierung das Ver-  
trauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.“  
Die Mittelpartei hatte schon vorher einen Antrag eingebracht,  
welcher der Regierung gerade das Vertrauen umgekehrt in  
äußerer Form ausdrückt.

Bei der Fortsetzung der Besprechung der Regierungser-  
klärung nimmt das Wort

Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Er beginnt mit einer Auseinandersetzung über die Vorwürfe  
des Grafen Westarp, Bismarck, die dahin zielten, der Regierung  
Unterwürfigkeit gegen das Ausland und Rücksicht auf die Sozial-  
demokratie vorzuziehen. Stresemann geht auf die Behandlung  
der Kriegsschuldfrage durch die Regierung ein. Er sagt,  
wenn Westarp die ausländische Presse gelesen hätte, so hätte er  
bemerkend müssen, daß die Regierung keineswegs unartig gewesen  
ist. Polnische habe beim deutschen Vorkaiser in Paris sogar  
Vorstellungen erhoben wegen der Reden des Reichskanzlers und  
des Außenministers über die Kriegsschuldfrage. Trotzdem habe  
die deutsche Regierung nicht gerührt. Es komme aber nicht darauf  
an, daß wir von der Rücksicht Deutschlands überzeugt seien.  
Es komme vielmehr darauf an, daß wir die ganze Welt davon  
überzeugen. Von der deutschen Rücksicht sind alle deutschen  
Parteien überzeugt und hier zu einer Einheitsfront vereinigt.

Die Arbeiten zum Sachverständigenrat  
müßten so schnell wie möglich erledigt werden. Auf einen  
Zwischenrat der Deutschnationalen sagt der Redner: Sehen Sie  
sich doch einmal mit den Industriellen des Rheinlandes und des  
Saarlandes an, so werden Sie sehen, wie die Lage in  
Blicksicht ist. Die Industriellen des besetzten Gebietes haben  
einer Verlängerung der Ricumerträge nur unter der  
Voraussetzung zugestimmt, daß die deutsche Regierung das Sach-  
verständigenrat annimmt. Wir wollen uns doch nicht  
darüber täuschen, daß die englische Regierung, um Deutsch-  
land oder deutscher Interessen willen, keinesfalls jemals gewillt  
war oder zurzeit gewillt ist, die Entente aufzugeben. Das böse  
Wort, das Lord Curzon im Oberhaus ausgesprochen hat,

Deutschland habe den passiven Widerstand verloren  
und aufgeben müssen, weil es ihn zu lange ausgeübt hatte,  
ist leider berechtigt. Ich habe mich bei Übernahme des Amtes

als Reichskanzler und Außenminister selbstverständlich ein-  
gehend mit meinem Vorgänger von Rosenberg über diese Dinge  
unterhalten, und er hat mir ausdrücklich erklärt, daß er nichts  
für törichter halte, als wenn sich Deutschland an Englands Seite  
zu drängen suche, als ob England Deutschlands Sekundant sei.  
Trotzdem war der passive Widerstand nicht unnütz, er hat die Er-  
kenntnis erwachen lassen, daß die härteren Bestrebungen der  
Franzosen nicht zum Ziele führen. Die Leiden derer, die passiv,  
auch ohne zu aktivem Widerstand überzugehen, ihn ertragen  
haben, haben dazu geführt, daß diese Bestrebungen gescheitert  
sind und daß wir heute in dem Sachverständigen-Gutachten die  
abereinstimmende Formel finden, daß die wirtschaftliche und  
politische Oberhoheit des Reiches über sein ganzes Gebiet wieder-  
hergestellt wird. (Lauter Beifall.) Ich messe, sagt Stresemann,  
alle den Herren, die am Sachverständigen-Gutachten mitge-  
arbeitet haben, die volle Objektivität und den besten Willen zu.  
(Lachen bei den Nationalsozialisten.) Stresemann wendet sich  
sehr scharf gegen den Abgeordneten v. Graefe und sagt, er  
wisse ja gar nicht, wie in dem Sachverständigenkomitee abgestimmt  
worden sei. Es sei ein Kongress von Geschäftsmännern ge-  
wesen, die herabsehen hätten. v. Graefe habe ja das Sachverständi-  
gen-Gutachten noch nicht einmal gelesen. (Lärm. Protest Graefe.)

Die Lage, daß Deutschland zahlen könne, aber nicht wolle, sei  
der Grund zur Ruhrbesetzung gewesen. Das Gutachten helfe je-  
doch Deutschland bei Befreiung dieser Lage. Mit dem Gutachten  
könne man Ehrenfragen nicht regeln. Das Gutachten habe jeden-  
falls aber neue Wege in der Reparationsfrage gezeigt.

Den verlorenen Krieg könne Deutschland nicht aus der Ge-  
schichte wegwischen. Das Schlimmste sei bisher die Verfeinde-  
rung der deutschen Substanz gewesen. Deutschland sei jetzt aller-  
dings eine Eisenbahnpolitik aufgezwungen worden, welche die  
Eisenbahn zu nichts weiter macht als zur Trägerin des Zinsen-  
dienstes. Darin und in den Summen des Gutachtens liegen die  
viel schmerzlicheren Nachteile des Gutachtens. Aber man müsse  
sich vor Augen halten, was geschehen würde, wenn Deutschland  
ablehnte. Die Regierung ist der Meinung, daß die Herstellung  
der deutschen Verwaltungshoheit im Gutachten liege, weil  
Deutschland sonst gar nicht existieren würde, den geforderten  
Zinsen nachzukommen. Wenn er annehme, daß Deutschland  
etwa am 1. Juli das Gutachten annehme und die Artikel  
innerhalb der nächsten 14 Tage ihre Anordnungen in dem be-  
setzten Gebiet zurückzögen, so könnte dann das Gutachten sofort  
in Kraft treten.

Das Fortbestehen der militärischen Besetzung hindert natür-  
lich Deutschlands Leistungsfähigkeit. Seine Leistungsfähigkeit  
kann nur garantiert werden bei Wegfall jeder Hinderung seiner  
Produktivität.

Eine Einbeziehung der Ehrenfragen in die Annahme des  
Gutachtens ist unmöglich. Aber die Regierung wird alles tun,  
um auch diese Fragen zu regeln. Das Gutachten ist unteilbar

## Die albanische Gefahr — Drohungen Griechenlands.

(Eigenes Fernsprecheinstellungs der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 7. Juni. Londoner Blätter berichten aus Kon-  
stantinopel, daß Griechenland in Albanien einmarschieren werde,  
falls Serbien keine angelegentlich Abhilfe auf Befreiung albanischer  
Grenzstädte durchzuführen sollte. Die Entwidlung der alba-  
nischen Frage wird als gefährdend bezeichnet und besonders  
die Haltung Italiens von mehreren Seiten mit steigendem Miß-  
trauen betrachtet.

Berlin, 7. Juni. Wie aus Athen gemeldet wird, haben  
die Aufständischen in Albanien den Präsidenten der albanischen  
Nationalversammlung ermordet, ebenso fiel ihnen der Präsident  
der Kommission zum Opfer, die im vergangenen Monat in An-  
gona den Freundschaftsvertrag mit der Türkei abgeschlossen hat.

## Das Haupt der albanischen Kirche an der Spitze der Aufständigen.

Rom, 7. Juni. Nach Meldungen aus Belgrad sind katho-  
lische Priester an der albanischen Aufstandsbewegung in hervor-  
ragendem Maße beteiligt. Namentlich soll das Haupt der alba-  
nischen Kirche zu den Aufständischen übergetreten sein. Es wird  
hingugefügt, daß einige Priester mit dem Gewehr in der einen,  
mit dem Kreuz in der anderen Hand sich an die Spitze der  
Truppen gestellt haben und sie in den Kampf führen.

## Tirana vor dem Fall.

Rom, 7. Juni. Albanische Abgeordnete, welche geflohen  
sind, erzählen, daß der Fall der albanischen Hauptstadt unmittel-  
bar bevorstehe.

## Dr. Marx hofft —

Rotterdam, 7. Juni. Wie der Berliner Korrespondent  
der „Times“ meldet, hat Kanzler Dr. Marx die sichere Er-  
wartung ausgesprochen, bis spätestens 1. Juli die parlamentarische  
Annahme der Expertengutachten durchgeführt zu haben. Ledig-  
lich das Eisenbahngesetz würde längere Zeit Vorbereitungen er-  
forderlich machen, da es einen großen Widerstand auch der Be-  
amtenschaft hier zu bekämpfen gebe.

## Sticht des albanischen Regenten.

Rom, 7. Juni. Der albanische Regent Kasitopani ist  
in Begleitung von zwei Abgeordneten an Bord eines italieni-  
schen Torpedobootes in Bari eingetroffen.

## Die Besatzungstruppen bleiben.

Paris, 7. Juni. Die alliierten Kabinette haben auch für  
den Monat Juni die Truppenverstärkungen im besetzten Gebiet  
unverändert gelassen. Der alliierte Militärat hat auf Antrag  
Frankreichs sein Gutachten am 24. Mai erstattet.

## Die Franzosen verlangen die Namen ehemaliger deutscher Offiziere — wozu?

Mülheim, 7. Juni. Von der französischen Besatzungs-  
behörde ist die Aufforderung eines Verzeichnisses verlangt worden,  
das die Namen und Wohnungen der in Mülheim sich aufhalten-  
den ehemaligen Offiziere des aktiven Heeres und der Reserve  
enthält.

## Sprengtaktik der Kommunisten.

Berlin, 7. Juni. An alle Mitglieder der kommunistischen  
Partei wird jetzt von ihrer Zentrale ein Befehl des unbedingten  
Schweigebots bei allen politischen und gerichtlichen Verneh-  
mungen, über alle Parteieinrichtungen und Ausweisungen sowie  
über Parteigenossen ergangen. Mitglieder der Partei, die die-  
sem Parteibefehl entgegenhandeln, werden aus der Partei aus-  
geschlossen. Außerdem wird die Befehlserteilung, alle Sitzungen  
in den Stadtparlamenten zu sprengen, ferner die Vertraulichkeit  
in den Parlamentssitzungen nicht zu respektieren.

## Ein Expresszug entgleist.

Moskau, 7. Juni. Der Expresszug auf der Strecke Mos-  
kau—Taschkent (Turkestan) ist in der Nähe der Station Anapan  
verunglückt; 13 Personen wurden getötet und 45 schwer verletzt.

## Japans Rüstungen.

Tokio, 7. Juni. Dem Ausschuss des Reichstages ist eine  
Vorlage der Regierung zugegangen, die Auslandsreisen wehr-  
pflichtiger Japaner bis auf weiteres untersagt.

## Amerika bleibt fest.

Washington, 7. Juni. Die Sitzung des Staatsparla-  
ments hat am 3. Juni die ablehnende Antwort auf die japanische  
Note beschlossen.

Paris, 7. Juni. Nach einer Radiomeldung aus Wa-  
shington ist die amerikanische Antwort auf die letzte japanische  
Note betreffend das amerikanische Einwanderungsgesetz bereits  
gestern dem japanischen Botschafter Sanakata ausgehändigt